

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Umverteilungsbefugnis: 1,20 Mk. (Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen). Einzelhefte 10 Pf. (Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen). Druck der Post bezogen überliefert. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.80. Erscheinung tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3463.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zingststraße 14 Tel. 1763.  
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interate werden die gesetzliche Pfortgelder mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarifen 25 Pf. Interate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 13.

Dresden, Mittwoch den 17. Januar 1912.

23. Jahrg.

## Die Stichwahl in Dresden-Altstadt findet am Sonnabend den 20. Januar statt.

Jeder Wähler unserer Partei, der am 12. Januar gewählt hat, muß unbedingt auch am 20. Januar zur Stelle sein! Auch diejenigen Wähler, die mittlerweile nach auswärts verzogen oder auswärts arbeiten oder auf Reisen abwesend sind, müssen am 20. Januar hier ihr Wahlrecht ausüben.

Die Gegner wenden sich an jeden der fast 6000 Nichtwähler, um sie mit Droschken und Autos herbeizuholen. Diese Wahlberechtigten gehören in übergroßer Zahl zu der weniger bemittelten Bevölkerung. Sie werden sich durch keinerlei Machenschaften ihrer Feinde verlocken lassen. Sie mögen zu der Wahlurne kommen und wählen den sozialdemokratischen Kandidaten

## Dr. Georg Gradnauer.

### Deutsche Wahlgerechtigkeit.

Wie der neue deutsche Reichstag aussehen wird, weiß noch niemand. Wie aber das wahlberechtigte Volk den Reichstag haben will, das weiß man. Seit die Nordd. Allgem. Ztg. die verlässlichen Ergebnisse der Stimmzählung der Deutschen übermitteln hat.

### Das Volk will kein Junkerregiment!

Von 12 188 337 Wählern, die ihr Stimmrecht ausüben, haben nur 1 149 916 für die konservative Partei gestimmt, noch nicht ein Fünftel für die den Konservativen nahestehenden Gruppen, Reichsparteiler und Antikommunisten haben nur 780 000 Mann gestimmt. Mit seinen nächsten Stützpunkten macht der Anhang der Junkerpartei noch nicht ein Sechstel der gesamten Wählerschaft aus.

Gleichfalls noch kaum ein Sechstel der Wählerschaft hat das Zentrum mit seinen 2 012 000 Mann erreicht. Zentrum, Konservativ, Reichsparteiler und Antikommunisten zusammen haben noch nicht ein Drittel des deutschen Volkes hinter sich.

Die Sozialdemokratie dagegen mit ihren 4 238 919 Wählern verfügt schon über mehr als ein Drittel der gesamten Wählerschaft. Sie ist mehr als doppelt so stark wie das Zentrum, sie hat 400 000 Wähler mehr als Zentrum, Konservativ, Reichsparteiler und Antikommunisten zusammen. Sie müßte bei wirklich gleichem Wahlrecht im Reichstage 188 Sitze einnehmen.

So sieht der Reichstag aus, den das Volk will. Wie aber der Reichstag aussehen wird, den die bürgerlichen Parteien im allgemeinen Stichwahlbündelzusammenbräuen werden, ist noch im Schoß der Zukunft verborgen. Sicher aber wird er ein ganz anderes Gesicht tragen als jenes, welches ihm das Volk geben wollte. Immerhin würde es eine knappe sozialdemokratisch-liberale Mehrheit erzielen lassen, wenn es die Liberalen grundsätzlich unterstützen, die Sozialdemokratie zu schwächen und die schwarzblauen Parteien zu stärken. Wie sich dann auch die Wähler unter den beiden Vorzugsgruppen verhalten würden — die Liberalen könnten durch die bloße Drohung, mit den Sozialdemokraten eine oppositionelle Mehrheit zu bilden, alle liberalen Forderungen durchsetzen, vor allem die Neueinteilung der Wahlkreise oder die Einführung der Verhältniswahl, um sich die ihnen zukommende Stellung dauernd zu sichern — wenn sie wollten!

Ein großer Teil der sogenannten Liberalen aber greift auf die Wahlgerechtigkeit, pfeilt auf die liberal-sozialdemokratische Mehrheit, pfeilt auf die Erfüllung liberaler Forderungen. Schon haben die National-liberalen Schweden die Parole für die Rechte ausgegeben, und in Schleswig-Holstein wollen sie sogar zwei Agrarien gegen ihre fortschrittlichen Bundesbrüder zum Siege verhehlen. In den nächsten Tagen wird man noch mehr solche Heberausdungen erleben, die freilich keine Heberausdungen sind für den, der das Wesen des deutschen Liberalismus längst richtig eingeschätzt gelernt hat: ein Liberalismus, der der Reaktion die Stieghölzer hält.

Die Sozialdemokratie kennt aber nicht nur den Liberalismus, sie kennt auch die Konservativen und das Zentrum, und sie hat wahrhaftig keinen Grund, eine Politik zu treiben, die diesen Parteien zugute kommt. Sie wird darum alles tun, um das unrechte Gut, das sich der schwarzblaue Hod auch bei diesen Wahlen wieder aneignen will, wenigstens nicht ins Ungemessene wachsen zu lassen. Sie wird nach Kräften den Stempel und das schreiende Unrecht einer schwarzblauen Mehrheit im Reichstage zu verhindern suchen, und sollte sich eine neue reaktionäre Mehrheit bilden, so trägt die Verantwortung jener Teil des Liberalismus, der sich in der Verhandlung aller

wirklich liberalen Forderungen scheinbar nie genug tun kann.

Die Sozialdemokratie, die aus diesen Wahlen abermals mit einem gewaltigen Kräftezuwachs hervorgegangen ist, hat das Recht und die Pflicht, eine Politik des Starren zu treiben, sie kann, ohne sich selbst etwas zu vergeben, um eines großen Zieles willen Entgegenkommen beweisen. Sie muß und wird aber auch gegen eine Laßt-bürgerlichen Kandidatschöpfung, der den Willen des Volkes mißachtet, das Wahlergebnis zugunsten der reaktionären Parteien läßt und die Wahlgerechtigkeit mit Füßen tritt, den schärfsten Kampf führen. Für den bürgerlichen Liberalismus gilt heute das Sprichwort: Wie man sich bettet, so schläft man! Und da die liberalen „Führer“ mit ihren Stichwahlparolen beweisen, daß sie innerlich dem schwarzblauen Hod näher stehen, als man nach vor den Hauptwahlen annehmen konnte, kann die Stichwahlparole jedes aufrechten Mannes nur lauten:

### Für den Sozialdemokraten! Gegen den reaktionären Klüngel!

#### Stichwahlparolen.

##### Die des Zentrums

Wird natürlich nicht einheitlich sein. Bei einem Festessen der Zentrumstraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hielt der Vorsitzende Dr. Post eine Rede, aus der die Germania mitteilt, daß die oberste Parteileitung des Zentrums keine allgemeine Stichwahlparole ausgeben werde. Man wüßte nämlich keine Unterstützung der rechtstehenden Parteien. Mit anderen Parteien würden Abmachungen nur auf Grund besonderer Gegenleistung getroffen. Mit der Sozialdemokratie sollen Wahlabmachungen nicht stattfinden. Ganz das Prinzip: Ich sag nicht so und nicht sag nicht so, damit nicht einer kommt und sagt, ich hätte so oder so gesagt! Grundzüge sind beim Zentrum nur für den Bedarfsfall da, und dann hat man sie auch zur Auswahl, je nach dem Veranlassung und der Volksklasse, der gerade vertreten und geteilt werden soll. Am 12. Januar 1912 wurden allerdings zunächst die Junker und ihr Heubehrand gerichtet.

##### Die Konservativen.

Die Kreuzzeitung schreibt zu den Stichwahlen: Das Wichtigste, Würdigste und Erwünschteste wäre es, wenn die bürgerlichen Parteien, um den Siegeszug der Sozialdemokratie wenigstens noch einigermaßen zu hemmen, sich zu einem festen und treuen Bündnis gegen den Umsturz einigen würden. Die Konservativen sind hierzu ohne jeden Vorbehalt und Zweifel bereit. Die Konservativen würden aber nicht in dem einen Wahlkreis die Fortschrittler gegen die Sozialdemokratie herausheben, um im Nachbarwahlkreis dem vom Fortschritt unterstützten Umsturz zu erliegen. Es könnte sich nur um ein ganz unerbittliches Geben und Nehmen handeln. Deshalb müßte von der konservativen Zentralkommission oder, was die Verhandlungen noch überblicklicher macht und beklümmter, von den Bezirksleitungen den Liberalen ein volles Bündnis angetragen werden und erfolge darauf eine zweifelhafte oder ablehnende Antwort, so hätten sich die Konservativen der Abstimmung zu enthalten und die Liberalen ihrem Schicksal zu überlassen.

Der Vorstand des konservativen Vereins für die Provinz Schlesien hat beschlossen, in den Kreisen, wo Zentrum gegen Polen in Stichwahl steht, das Zentrum zu unterstützen. Ferner werden die Parteivorstände der Kreise,

in denen Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten stattfinden, ersucht, keinerlei Abmachungen mit den liberalen Parteien zu treffen, sondern diese dem Parteivorstand in Berlin zu überlassen. Die Liberalen hätten auf keine Unterstützung zu rechnen, wenn sie nicht auch ihre Stimmkraft klar und bestimmt den konservativen Stichwahlunterstützung leisten. — Ausbündel ist ja auch ein agrarisches Geschäft.

##### Die Nationalliberalen.

Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei und die führenden Vertrauensmänner im Reich traten Dienstag 12 Uhr zu einer Beratung über die Stellungnahme bei den Stichwahlen zusammen. Nach längerer Aussprache, die bis gegen 3 Uhr dauerte, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei empfiehlt nach Anhörung der von den einzelnen Landesorganisationen abgeordneten Vertreter der nationalliberalen Wähler bei den Stichwahlen folgendes Verhalten:

Es sind in erster Linie die in der Stichwahl befindlichen Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei unbedingt zu unterstützen, unter der Voraussetzung, daß von Seiten dieser Partei dasselbe Verhalten beobachtet wird.

Stichwahlbündnisse mit anderen Parteien zu treffen, diebt den einzelnen Landesorganisationen überlassen.“

Nach der Nationalztg. hat die Leitung der fortschrittlichen Volkspartei gleichfalls die Unterstützung aller nationalliberalen Stichwahlkandidaten beschlossen.

Etwas anderes war ja nicht zu erwarten. Die Nationalliberale Partei ist ein so zerrissenes, aus den verschiedensten Elementen zusammengesetztes Gebilde, daß es die Parteileitung gar nicht wagen kann, für das ganze Reich eine einheitliche Stichwahlparole auszugeben. Sehen wir doch, daß in Norddeutschland Nationalliberale es fertig bringen, mit den ärgsten Reaktionären zu teufelrechteln, während in Süddeutschland wenigstens teilweise auch bei den Nationalliberalen der gute Wille zu bestehen scheint, bei den Stichwahlen den Kampf gegen den schwarzblauen Hod fortzusetzen. Bei den süd-deutschen Nationalliberalen hat sich offenbar hier und da noch ein Restchen Liberalismus erhalten, während im Norden, besonders aber in Sachsen, der Liberalismus der Nationalliberalen schon längst zum Teufel gegangen ist. Das zeigt wieder aufs deutlichste das Verhalten dieser Leute zur Stichwahlfrage. Lieber das Verhalten der Nationalliberalen in den verschiedenen Teilen des Reichs liegen folgende Nachrichten vor:

In Schleswig-Holstein haben die Nationalliberalen mit dem Bund der Landwirte und den Konservativen ein Bündnis für die Stichwahlen gegen die Fortschrittler abgeschlossen! Es geht dahin, daß im 9. schleswig-holsteinischen Kreis die Nationalliberalen für den Kandidat der Fortschrittler gegen den Fortschrittler Stimme stimmen und dafür im 4. Kreis Konservativ und Bündler den Nationalliberalen Schifferer gegen den Fortschrittler Mund unterstützen. Im übrigen hat der Vorstand der Partei, und der Kreisvorstand in Schleswig-Holstein beschlossen, unter keinen Umständen eine Stimme für einen Sozialdemokraten und einen Heberausdungen abzugeben. Bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Heberausdungen bleibt den einzelnen Kreisvereinen die Stellungnahme überlassen.

In Oldenburg vertritt der Parteivorstand der dortigen nationalliberalen Partei zur Stichwahl eine Erklärung. In der gefaßt wird, daß die Parteileitung mit einem Rundschreiben in keinerlei Beziehung gebracht werden dürfe, worin die Bürgerpflicht aufgefordert wird, in den Stichwahlen für den Zentrumskandidaten einzustreten.